Einzelnummer 10 Pfennig

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschafter / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis für Monat frei Haus 2 RM. (Halbmonatl. 1 RM.), durch die Post bezogen monatl. 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-A. 1 / Geschäftsst. u. Expedition Hülterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13445. Leitung: Schriftleitung: Dresden-A. 1, Hülterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Hülterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang — Dienstag, den 3. Mai 1927 — Nummer 102

Die schwarz-weiß-rote Kriegsfront

Wir entnehmen den folgenden Aufsatz der soeben im Parteiverlag erschienenen wichtigen Broschüre „Faschismus in Deutschland? Nieder mit dem Stahlhelm!". Er behandelt die Außenpolitik des deutschen Faschismus und gewinnt zum 8. Mai nach der letzten Orientierung der Deutschnationalen besondere Aktualität.

Die Wendung in der Außenpolitik des deutschen Faschismus ist vielleicht noch schroffer als sein innenpolitischer Frontwechsel.

Es ist keine Rede mehr vom nationalen Befreiungskrieg gegen die Versailler Siegerstaaten, vom Revanchekampf gegen das Ententekapital. So wie die Stresemannsche Westpolitik des Bürgerblocks, wird auch die internationale Orientierung der Faschisten auf der ganzen Linie durch den englischen Interventionsblock durch die Kriegshetze gegen Sowjetrußland beherrscht. Am deutlichsten zeigt dies der Jungdeutsche Orden, der sich in letzter Zeit — ganz nach dem Muster der Sozialdemokraten — die Maske des Pazifismus für seine sowjetfeindliche Kriegspropaganda gewählt hat. Arnold Rechberg, der Vertrauensmann des Kali-Kapitals, der finanzielle und politische Hintermann des Jungdo, schrieb am 1. März:

„Deutschland wird nun in jäher absehbarer Zeit wiederum gezwungen sein, **zwischen dem Westen und dem Osten zu wählen.** Nach dem, was ich von englischen und französischen Staatsmännern höre, ist es nur eine Frage der Zeit, wann der Konflikt zwischen dem großbritannischen Imperium und dem Bolschewismus **mit Waffengewalt** ausgetragen wird. Die Weltmächte England und Frankreich werden dann ganz einfach nicht zulassen, daß Deutschland neutral bleibt. Die beiden Ententemächte glauben in der Tat, die Neutralität Deutschlands mit der Gefahr, daß sich ein zunächst neutral bleibendes Deutschland bei irgendwelchen Rückschlägen gegen sie wendet, **nicht anerkennen** zu können, ebensowenig, wie Deutschland im Jahre 1914 die Neutralität Belgiens anerkennen konnte."

Rechbergs Artikel schließt mit der Forderung der aktiven Teilnahme Deutschlands am Kriege gegen die Sowjetunion.

Noch krasser spricht folgende Entschließung des Jungdo vom Februar 1927:

„Das Hochkapital des Jungdo erhebt einmütig Protest gegen die Versuche, dem deutschen Volke ein falsches Bild über die Zustände in Rußland zu geben... Wir erheben aber ganz besonders Protest gegen die auch in militärischen Kreisen vertretene Ansicht, daß das bolschewistische Rußland ein militärischer Bundesgenosse für Deutschland sein könne. **Wir fordern, daß die gesamte nationale Bewegung Deutschlands schärfste Stellung gegen ein System nimmt, das nach wie vor der Todfeind abendländischer Kultur ist und bleibt."**

Diese Losung von der „Verteidigung der abendländischen Kultur" wäre 1923 nicht denkbar gewesen. Denn gerade die Vertreter dieser „abendländischen Kultur", die englischen und französischen Imperialisten, waren die Verfasser des Versailler Gewaltfriedens.

Trotz mannigfacher innerer Differenzen und Interessenkämpfe hat auch die größte faschistische Organisation, der Stahlhelm, die gleiche Schwenkung vollzogen, wie der Jungdo. Ehrhardt hat kürzlich in einer Unterredung mit einem Vertreter der Märkischen Zeitung auf die Frage, wie er zur **Außenpolitik Stresemanns** stehe, geantwortet:

„Ich halte sie bei der Wehrlosigkeit Deutschlands als die einzig mögliche und deshalb für richtig."

Seldte, der Bundesführer des Stahlhelm erklärte am 22. Januar auf dem Reichsgründungstag in Magdeburg:

„Wenn wir heute noch auf dem Gedanken ständen, und ich möchte dies deutlich und offen aussprechen, daß es unsere Aufgabe wäre, uns für die Zukunft eines Krieges gegen den Westen zu wappnen, so wäre das falsch. **Denn nicht im Westen, sondern im Osten liegen unsere Zukunftsmöglichkeiten.** Was hätten wir denn erreicht, wenn wir im Westen durch schweren Waffenkampf einige Kilometer Raum zu gewinnen vermöchten? Im Westen ist für uns wenig zu holen. **Im Osten aber liegen für Deutschland große Aufgaben und zahllose Entwicklungsmöglichkeiten."**

Die Kapitalsagenten, die an der Spitze des Stahlhelm stehen, bekennen sich zwar ohne jeden Vorbehalt zur Westpolitik, aber sie sprechen noch nicht so unverhüllt, wie die Kapitalsagenten in der Führung des Jungdo vom Krieg gegen die Sowjetunion, sondern sie begnügen sich heute noch mit der allgemeinen Forderung eines „Krieges gegen den Osten", ohne deutlich zu sagen, ob damit Polen oder die Sowjetunion gemeint ist. In Wirklichkeit ist auch für sie nicht das bürgerliche Polen, sondern die Sowjetrepublik der Hauptfeind.

Sie fühlen sich als die Verteidiger der imperialistischen Kultur gegen die proletarische Barbarei, des internationalen Finanzkapitals gegen den Staat der siegreichen Arbeiterklasse. Ehrhardts Bekenntnis zu Stresemann ist ein Bekenntnis für den Völkerbund, in dem die polnische Regierung neben der englischen und deutschen vertreten ist. Der Stahlhelm arbeitet für die kriegerische Intervention gegen die Sowjetrepublik, indem er sich stellt, als wolle er gegen Polen intervenieren. Durch die Aufstellung der **verschwommenen Formel vom „Krieg der Zukunft im Osten" leistet er einerseits der imperialistischen Politik durch die Verschleierung ihrer wirklichen Ziele einen Dienst** und entzieht sich anderseits der Opposition seiner überzeugten nationalistischen Anhänger, die besonders in den östlichen Grenzprovinzen Deutschlands unter keinen Umständen an der Seite des räuberischen polnischen Imperialismus gegen die Sowjetunion kämpfen wollen, sondern eher geneigt sind, den polnischen Generalen im Falle eines Krieges gegen die USSR in den Rücken zu fallen.

*

Die Demonstration dieser wichtigsten Kaders der deutschen Armee der Zukunft am 8. Mai in Berlin muß von der Arbeiterklasse aufs schärfste beantwortet werden. Sie hat am 1. Mai in ganz Deutschland gezeigt, daß sie nicht dulden wird, daß neun Jahre nach dem Gemetzel des Weltkrieges ein neuer, noch schändlicherer Krieg entbrennt, die ungeheuerliche Tatsache, daß dennoch die Bürgerblockregierung und ihre Faschisten zu diesem neuen Kriege fieberhafte Vorbereitungen treffen, muß besonders an diesem 8. Mai angesichts des Stahlhelmtages von der Arbeiterklasse entsprechend zurückgewiesen werden. Nicht die schwarz-weiß-rote Kriegsflagge, die rote Fahne wird in Zukunft über Deutschland wehen.

Stahlhelm dementiert

Auf die Meldung, die rheinisch-westfälische Schwerindustrie zahle für jeden Stahlhelmmann, der nach Berlin fährt, 50 Mk., läßt die Stahlhelm-Pressestelle nach einigen Tagen ein Dementi los, worin sie nicht mehr und nicht weniger behauptet, jeder Stahlhelmmann bezahle die Kosten für die Teilnahme am Reichsfrontsoldatentag aus eigener Tasche. Die Stahlhelmpressestelle versucht, die Leute dumm zu machen. Die Stahlhelmpressestelle dementiert nicht unsere Meldung, daß die Borsigwerke in Oberschlesien jedem Arbeiter gleich bei der Lohnzahlung 10 Mk. einbehalten, damit diese Arbeiter zum Stahlhelmtag fahren. Die Stahlhelmpressestelle dementiert nicht, daß in der Neumark in Brandenburg die Werber des Stahlhelm herumlaufen, die die Arbeitern auffordern, nach Berlin zu kommen. Lohnausfall, Fahrt und Verpflegung werden vom Stahlhelm gedeckt. Die Stahlhelmpressestelle hat ebenso „vergessen", zu dementieren, daß im Lausitzer Braunkohlengebiet den Arbeitern, die nach Berlin fahren, die ausgefallene Schicht bezahlt wird.

Die Dementis des Stahlhelm können die Tatsache nicht hinwegschwindeln, daß die Schwerindustrie, daß die Unternehmer und Junker den Stahlhelm finanzieren. Nur sie haben ja ein Interesse daran, diese faschistische Organisation zu erhalten und zu stärken.

Die verbotene Olympia nimmt am Stahlhelmtag teil

Am 22. April, als also die Olympia noch verboten war, tagte diese faschistische Organisation in Berlin und beschloß, am 8. Mai sich an der schwarz-weiß-roten Demonstration zu beteiligen. An alle Bahnhöfe in Berlin werden Empfangsdelegationen kommandiert, die die ankommenden schwarz-weiß-roten Olympiabrüder empfangen und in die Quartiere geleiten sollen. Die Olympia, die also am 22. April noch verboten war, existierte trotz des Verbotes lustig weiter. Ihr Beschluß, den Stahlhelmaufmarsch mitzumachen, zeigt, daß diese faschistischen Verbände ein Herz und eine Seele sind, wenn es sich darum handelt, gegen die Arbeiter loszugehen.

Kein Stahlhelmquartier in Berlin!

Unter dem Druck der Bevölkerung haben sich die verschiedenen Gastwirte und Saalbesitzer gezwungen gesehen, den Stahlhelmern die Aufnahme zu verweigern. Schon heute steht fest, daß die Stahlhelmer nicht genügend Quartier haben. Selbstverständlich will die Leitung über diese Tatsache durch großen Rabau und Großsprecherei hinwegtäuschen. In der Provinz aber bereitet man die Stahlhelmleute, die nach Berlin kommen wollen, schon auf die kommenden Dinge vor. So wird aus Kassel gemeldet, daß am 12. April der dortige Stahlhelmführer von Puch in der Monatsversammlung erklärt hat, die Stahlhelm-Kameraden sollten sich darauf einrichten eventuell in Zelten auf dem Tempelhofer Feld zu kampieren.

Wir wünschen dazu entsprechend gutes Wetter!

Das Antigewerkschaftsgesetz im Unterhaus

Berlin, 3. Mai. (Eig. Drahtbericht.)

Wie aus London gemeldet wird, kam es in der Montagsitzung des englischen Unterhauses, in der die zweite Lesung des Gewerkschaftsgesetzes behandelt wurde, zu heftigen Lärmszenen. Die Darlegungen des Generalanwaltes Sir Douglas Hogg wurden durch lebhafte Zwischenrufe der Opposition unterbrochen. Der Abgeordnete der Arbeiterpartei, Jak Jones, wurde wegen Beleidigung des Redners und des Sprechers im Unterhaus aus dem Saal verwiesen. Die Sitzung gestaltete sich zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen Hogg und der Opposition. Als der Arbeiterabgeordnete Clynes einen Abänderungsantrag einbrachte, verließ die große Mehrheit der Konservativen den Saal. Nur Baldwin und einige Minister und wenige Abgeordnete blieben sitzen. Clynes erklärte, der Kampf gegen das Gesetz würde nicht durch die Verabschiedung sein Ende finden, sondern die Abschaffung des Gesetzes werde der Inhalt der Arbeiterbewegung der nächsten Jahre sein.

Während seiner Ansprache anläßlich der Maifeier im Hydepark nahm der Sekretär des Bergarbeiterverbandes, Cook, zu der Vorlage des Gewerkschaftstages Stellung und erklärte: **„Die letzten Jahre sind wir unterlegen, aber nur vorübergehend. Es hat keinen Zweck, wenn die Regierung vom Frieden spricht, während sie Vorbereitungen trifft, um die Gewerkschaftsbewegung zu vernichten.** Die Regierung hat eine Vorlage eingebracht, durch die ein neuer Generalstreik verhindert werden soll, ob aber gesetzlich oder gesetzwidrig, der neue Generalstreik wird kommen. (Beifall.) Dies verlangt die größte Bereitschaft. Ich begrüße die Herausforderung."

Die Schande von Peking

Von Universitätsprofessor Dr. Alfons Goldschmidt, Berlin.

Als am 7. April die ersten Meldungen eintrafen, daß unter ausdrücklicher Zustimmung des diplomatischen Korps die russische Botschaft in Peking von den Banditen Tschangtsolins erstürmt wurde, griff man sich an den Kopf. Wer konnte denn auch diese Nachricht glauben? Das geschriebene und ungeschriebene Völkerrecht garantiert die Unversehrbarkeit und Unangreifbarkeit offizieller Niederlassungen anderer Länder. Bei den Völkern im Altertum, im Mittelalter und in der sogenannten neuen Zeit galt diese Unversehrbarkeit stets als etwas Unabänderliches, und ihre Verletzung als eins der schlimmsten Verbrechen. Ist es möglich, daß ein solches Verbrechen gegen die Sowjetbotschaft in Peking begangen werden konnte, und ist es überhaupt glaubhaft, daß die internationale Diplomatie dazu ihre Erlaubnis erteilt haben sollte? Jahrhunderteiang ja bis in unsere Tage hinein hat man uns in den Schulen von dem Angriff auf die Unverletzlichkeit der kaiserlichen Räte Martinitz und Slawata am 23. Mai 1618 in Prag erzählt und uns jenen Tag als den gerechten Anfang des Dreißigjährigen Krieges bezeichnet. Und heute, wo man sich rühmt, durch Völkerbund und „Humanitätsideale" Menschen- und Völkerrechte gesichert zu haben, lassen gerade die offiziellen Vertreter solcher Grundrechte die einfachsten, selbstverständlichsten Sicherungen überrennen, als ob es sich um einen Schützengraben im Kriege handelte.

Das Unglaubliche wurde Ereignis. Die Nachricht wurde von allen Seiten bestätigt. Man gebrauchte die fadenscheinige Begründung, daß es sich erstens nicht direkt um das Botschaftsgebäude gehandelt hätte, zweitens, daß in diesem Gebäude Verbrecher, die nach dem Leben der führenden politischen Persönlichkeiten trachteten, Unterkunft gesucht hätten, und drittens, daß dort auch die Dokumente untergebracht worden seien, die klipp und klar ihre Schuld, ja, darüber hinaus, auch die „Machenschaften" der Sowjetdiplomatie gegen die Pekinger Machthaber bewiesen.

Man denke sich den Fall, daß alle diese Beschuldigungen von der ersten bis zur letzten Silbe der Wahrheit entsprechen würden, jedoch die Botschaft, um die es sich handele, nicht die russische, sondern etwa die britische oder auch nur die italienische Botschaft wäre, und es sich um die „Machenschaften" dieser Botschaft gehandelt hätte. Die Banditen Tschangtsolins wären in die italienische Botschaft eingedrungen usw. usw. Der Fall ist ja undenkbar. Die Diplomaten hätten dazu ihre Einwilligung nicht gegeben. Falls jedoch ein solcher Ueberfall dennoch erfolgt wäre, was wäre geschehen? Die Welt hätte einen Sturm von noch nie dagewesener Gewalt erlebt, und sofort hätte die Erde von Waffengeklirr erdröhnt. Aber es handelt sich ja nur um die Sowjetbotschaft, und da hat sich in einigen Tagen die Aufregung gelegt.

Inzwischen sind drei Wochen vergangen. Es stellte sich vor allem heraus, daß man gegen die angeblichen Verbrecher keine, aber auch rein gar keine Beweise gefunden hat, so daß von den 70 Verhafteten mehr als die Hälfte freigelassen werden mußte, wo doch bekanntlich die chinesischen Machthaber jenen gegenüber, die in ihre Hände geraten, nicht allzu zimperlich sind. Aber auch gegen die in Haft Gebliebenen ließen sich keine Schuldbeweise auftreiben. Allerdings berichtete vor einigen Tagen die Presse der berüchtigten Sinowjew-Brieffälscher, daß man gewichtige Dokumente vorgefunden hätte. Was daran wahr ist, das kann man aus einem Telegramm des Berliner Tageblattes vom 29. April ersehen, worin es heißt:

„Die Haltung des Doyens des diplomatischen Korps verdient um so schärfere Beurteilung, als die bisherigen Veröffentlichungen des beschlagnahmten Materials nur ein äußerst dürftiges Ergebnis zeigen. Die Echtheit der am meisten belastenden Schriftstücke ist zudem äußerst zweifelhaft. So sind beispielsweise die Berichte, die an den russischen Militärattaché in China gerichtet sind, in der Schreibweise durchaus unsicher und der amtlichen neurussischen Rechtschreibung nur teilweise entsprechend. Auffällig ist auch, daß wirklich belastende Schriftstücke erst drei Wochen nach der Durchsuchung veröffentlicht wurden, während die ersten Veröffentlichungen einfach lächerlich und unbedeutend waren."

Also plumpe Fälschungen, keine Dokumente, keine Verbrecher. Indessen was scheren sich diese Diplomaten, mit deren Zustimmung der Ueberfall auf die Sowjetbotschaft erfolgte, darum, was kümmert sich um diese Dinge ein Tschangtsolin, dieser elende Henker, dessen Name neben Cesare Borgia und Cortez würdig in der Weltgeschichte fortleben wird? Er ließ ein Gericht zusammentreten, aber während dieses noch die Schuld der Angeklagten prüfte, wurden schon die Särge für sie herbeigeschafft, eine Grausamkeit und ein Zynismus, die nicht ihresgleichen finden. Die Pekinger Diplomatie, ihre Auftraggeber in London, Paris, Washington, Rom usw., wußten, was für eine Tragödie in diesem Gerichtssaal aufgeführt wird. Sie wußten, welch ein Martertod den Angeklagten bevorstand. Ein Wort hätte genügt, um die Hand des Henkers von den Opfern wegzureißen. Aber nein, die Herren rührten sich nicht. Sie haben A gesagt, und sie haben nun auch B gesagt. Sie waren verantwortlich für den Ueberfall und tragen die volle Verantwortung für die Folgen dieses Ueberfalles.

Menschenleben können auf verschiedene Weise vernichtet werden; der Mississippi stürzt über die Ufer und verschlingt, was ihm im Wege steht: Das ist eine Naturgewalt wie das Erdbeben, wie der Blitz und wie der Tornado. Die Geschichte der Welt ist voll von Entsetzlichkeiten. Feuer-